

■ Wir dokumentieren im folgenden aus Anlass des 90. Jahrestages der faschistischen Konterrevolution einen Vortrag des Historikers und langjährigen JW-Autors Kurt Pätzold (1930–2016), der am 22. Februar 2013 auf den Themenseiten dieser Zeitung erschienen ist. (JW)

Historische Ereignisse oder Prozesse erhalten ihre Namen und Bezeichnungen, mit denen sie dann in Geschichtsbüchern stehen. Die ersten Täufer sind meist die Zeitgenossen, jedoch sind sie nicht unbedingt auch die letzten. Die Historiker finden die Bezeichnungen von Ereignissen und Prozessen vor. Sie haben sich dann zu entscheiden, ob sie diese übernehmen oder dem Geschehen einen eigenen Namen geben. Dabei sind sie nicht so frei wie beispielsweise Chemiker, von denen ein neu gefundenes Element Germanium getauft wurde, oder die Astronomen, die einen neu entdeckten Himmelskörper nach einem Gott oder auch nach einem ihrer berühmten Kollegen benennen können. Zudem: Häufig sind sich schon die Zeitgenossen über die Namensgebung für ein geschichtliches Ereignis uneins. Das kann der Fall sein, wenn es selbst aus mehreren Aspekten betrachtet und bewertet werden kann, also verschiedene Bezeichnungen rechtfertigt, oder auch, weil sich in den Taufnamen unterschiedliche Interessen ausdrücken.

Von der Verallgemeinerung zum Konkreten. Zum veranschaulichenden Beispiel und in das Jubeljahr 2013, in dem an den 200. Jahrestag erinnert wird – wessen? Der »Befreiungskriege« oder des »Freiheitskrieges« oder des »nationalen Befreiungskrieges« oder des Krieges gegen die napoleonische oder französische Fremdherrschaft? »Befreiungskrieg«, das ist die meist benutzte Wortwahl geworden. Sie hebt auf die Abschüttelung eines Joches ab, das unbestritten existierte. »Freiheitskrieg« hingegen bezeichnet ein Ziel, das unklar genug formuliert worden war, aber jedenfalls nicht erreicht wurde. Denn auf die Abschüttelung des französischen Joches folgte die weitgehende Restauration alter Zustände, das heißt der alten Knechtschaft. Und »nationaler Befreiungskrieg«? Die Teilnahme der noch nicht formierten Nation an diesem Krieg war höchst unterschiedlich, und der Begriff begräbt gleichsam, dass auf dem Schlachtfeld bei und im sächsischen Leipzig Preußen, Russen, Österreicher und Schweden gegen Napoleons Armee kämpften, zu der auch die Sachsen noch gehörten, von denen freilich dann viele überliefen und die Gewehre umdrehten, als sie sahen, wie der Kampf ausgehen würde.

So ließe sich die Reihe historisch gewichtiger Ereignisse durchgehen, und wieder und wieder würde der Befund lauten, dass sich die verschiedenen, mitunter konträren Geschichtsbilder schon in der Wortwahl ausdrücken, mit der die einen und die anderen ein einzelnes Geschehen benennen. Und je näher dies mit seinen Bezügen der Gegenwart ist, je stärker es aktuelle Interessen berührt, um so stärker das fortdauernde Dafür oder Dawider in der politischen oder historiographischen Publizistik, das manchen fälschlich als spitzfindig oder als Wortklauberei erscheint.

»Nationalsozialistische Revolution«

Solche Nähe gilt auch noch achtzig (nun neunzig, JW) Jahre später für den 30. Januar 1933 und das Regime, das sich an diesem Tage und dann in hohem Tempo zu etablieren und zu stabilisieren begann. Eine Bezeichnung, die von den damaligen Siegern der Geschichte benutzt wurde, entsprach ihrem Jahre vorher schon erhobenen Anspruch, sie seien Kämpfer für die »nationalsozialistische Revolution«. Halten wir uns zunächst an das Hauptwort »Revolution«. Es war, sonst wäre es von Hitler und seinen Leuten nicht in die politischen Kämpfe gebracht worden, damals in weitesten Kreisen der Arbeiter – anders als heute – positiv besetzt. Es stand für den grundlegenden Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse, dafür, in der Gesellschaft gleichsam das Unterste zu oberst zu kehren. Und das schien am Anfang der 1930er Jahre Millionen im Deutschen Reich nicht nur als notwendig, sondern als Rettung vor sozialem Abstieg und Verelendung. Nur sollte das, der Propaganda der Hitlerpartei zufolge, keine proletarische Revolution sein, also kein Umsturz im vorwiegenden Interesse einer Klasse, sondern eine nationale, eine deutsche, also auch kein Import, sondern so etwas wie ein ganz eigenes Gewächs.



Nomen est omen

Begriffliche Nebelschwaden. Um die angemessene Bezeichnung dessen, was mit Beginn der Kanzlerschaft Hitlers vor 90 Jahren anhub, wird bis heute gerungen. **Von Kurt Pätzold**

»Nationalsozialistische Revolution«? Deren Beginn und Vollzug behaupteten die Nazis nach der Machtübertragung. Fackelzug der »nationalen Verbände« SA, SS

Mit irgendwelchen konkreten Inhalten wurde der Begriff »nationalsozialistische Revolution« nicht gefüllt, namentlich nicht mit Aussagen über Veränderungen der Eigentumsverhältnisse. Was darüber, auch da unbestimmt genug, im Programm der NSDAP gestanden hatte, eine Bodenreform, war bereits getilgt worden. Klar war indessen die Abgrenzung von der Novemberrevolution und den »Novemberverrätern« ausgesprochen worden, die an jeglichem Unglück Schuld trügen, das seitdem wirklich oder vorgeblich über Deutschland gekommen sei. Der Herrgott, sagte Hitler, habe dem deutschen Volke seit diesem Ereignis seinen Segen entzogen, was doch wohl hieß: eine Revolution wie 1918 sei ein gottloses Werk, anders hingegen eben die »nationalsozialistische«.

Nach dem 30. Januar 1933 wurde der Begriff »nationalsozialistische Revolution« in der Propaganda nicht völlig aufgegeben, aber bereits im Juli 1933 erklärt, diese Revolution sei beendet. Damit war auch praktisch eingestanden, dass unter »Revolution« nichts anderes als die Veränderung der politischen Herrschaftsverhältnisse verstanden wurde. Die freilich waren in den ersten knapp sechs Monaten der Hitler-Regierung deutschlandweit bis in die letzte Gemeinde grundlegend verändert worden.

Beseitigt waren die politischen Parteien und nahezu alle Organisationen, die dem neuen Regime nicht nützlich und dienlich gemacht werden konnten. Liquidiert war das Parlament samt aller seiner nachgeordneten Einrichtungen. Verboten waren die Gewerkschaften jeglicher Richtung. Entfernt

wurden aus den Einrichtungen des Überbaus alle Personen, die auch nur verdächtig waren, die neuen Zustände zu kritisieren, statt sie zu rechtfertigen und festigen zu helfen, ja selbst jene, von denen angenommen wurde, dass sie ihnen fern stehen würden. Unangetastet geblieben aber war die Basis der Gesellschaft.

Gelegentlich und ruhmredig ist in späteren Reden der Naziführer noch von der »nationalsozialistischen Revolution« als Verdienst gesprochen worden, aber eben einzig in jenem triumphierenden Sinne, der die Liquidierung der Republik, der Parallele, der Parteien und Gewerkschaften rühmte und immer aufs Neue die »Abrechnung« und »Vernichtung« des Marxismus feierte, der angeblich in Deutschland geherrscht und ein Chaos hinterlassen habe.

»Machtergreifung«

Kam Hitler in seinen Reden, und das tat er oft, auf den 30. Januar zurück, lautete seine einleitende Formel: »Als ich im Jahre 1933 die Macht übernahm ...«. »Machtübernahme« oder »Machtergreifung« wurden die häufigsten Bezeichnungen in der faschistischen Propaganda. Und wenn man unter »Macht« die Staatsmacht verstand, waren weder die eine noch die andere schlechthin falsch. Nur wurde an jenem Tage und in den folgenden Wochen nicht nur eine vorhandene Macht ergriffen oder übernommen, wie das heute vielfach und termingerech nach Wahlen

in bürgerlich-demokratischen Staaten geschieht, sondern es war unter Verwendung alles den neuen Herren institutionell oder personell Brauchbaren doch ein anderer Staatsapparat aufgebaut worden. Nämlich der faschistische, der den Zwecken und Zielen des Regimes angemessen war. Nicht an einem Tage, aber an diesem einen Tage doch erkennbar und eingestandenermaßen.

So konnten Antifaschisten und Hitlergegner mit guten Gründen sich mit diesen Begriffen nie recht anfreunden und haben sie als Abschwächung oder Beschönigung des dramatischen Geschehens abgelehnt und auch bekämpft. An deren Stelle wurde in der marxistischen Geschichtsliteratur und Publizistik häufig von »Machtübergabe« gesprochen. Die Differenz der Aspekte ist klar. Mit der »Ergreifung« kommt der ins Blickfeld, der sich in den Besitz der Macht gebracht hat. Mit der Übergabe hingegen wird die Aufmerksamkeit auf eine Person oder Gruppe gelenkt, die etwas zu übergeben hat, auf die Gebenden und erst dann auch auf die Nehmenden. Der Begriff sollte mithin einen gedanklichen Zugang zu der Tatsache schaffen, dass den bisherigen Inhabern der Staatsmacht diese Macht genommen und anderen übertragen wurde. Dieses Sprachbild ist durch die Entlassung des bisherigen Reichskanzlers (Franz von Papen) durch den Reichspräsidenten (Paul von Hindenburg) und die Betrauung eines Neuen mit diesem Amte (Adolf Hitler) gedeckt. Doch auch wiederum nicht ganz, nimmt man nicht nur diese drei Figuren, sondern die ganze Gruppe an der Regierungsspitze ins Visier. Von Papen hatte



5 und Stahlhelm zur Feier der »Machtübernahme« durch das Brandenburger Tor, 30. Januar 1933

seinen Platz nur gewechselt, Konstantin Freiherr von Neurath seinen als Reichsaußenminister behalten. Im Amte blieben auch der Finanz-, der Post- und der Justizminister. Dieses Kabinett Hitler wies zwei Freiherren und einen Grafen auf, was allein Anlass hätte sein können, die versprochene »nationalsozialistische Revolution« des Verdachts des Betruges auszusetzen.

Gelöst ist das Problem der treffenden Bezeichnung des Vorgangs vom 30. Januar 1933 also auch mit der Kennzeichnung als »Machtübergabe« nicht. Die Redaktion des *Neuen Deutschland* hat sich für die Kennzeichnung des Ereignisses, dem sie sich 2013, anlässlich des 80. Jahrestages in ihrer Beilage ausführlich zuwendet, für den Begriff »Machtantritt« entschieden. Der Duden zählt als Synonyme für Antritt auf: Aufnahme, Beginn, Übernahme, Arbeitsbeginn. Mit dem ist also auch nichts gewonnen, es sei denn, dass mit dem Wort von Antritt und vom Antreten eine militärische Vorstellung von Tempo, Ordnung, Entschlossenheit verbunden wird oder wie im Sport eine Erhöhung des Lauftempo.

»Aufbruch der Nation«

Nun ließe sich mit der Besinnung auf die Binsenweisheit das Thema verlassen, wonach der Begriff immer ärmer ist als die Theorie und diese wieder ärmer als die Wirklichkeit. Nur ist man es damit nicht los. Begriffliche Kurzfassungen sind im Schwange, werden zur Verständigung gebraucht

und bevorzugt und führen vielfach eben schon, wie gezeigt, auf eine falsche Fährte.

Das gilt namentlich für die Hitlerfaschisten. Die haben die Begriffe »Machtergreifung« und »Machtübernahme« zwar benutzt, doch galten sie ihnen propagandistisch keineswegs als ausreichend attraktiv. Dieses Bedürfnis sahen sie durch Wendungen wie die vom »Wiederaufstieg« oder – eine Anleihe im religiösen Denken nehmend – die von der »Wiederauferstehung des deutschen Volkes« besser befriedigt; oder auch durch »Wiederaufstieg der Nation«, »nationale Erhebung« oder »Aufbruch der Nation«. Das Bild von der sich erhebenden, zu neuen Ufern und Zielen aufbrechenden Nation verklärte nicht nur, es beanspruchte die Mitwirkung von Millionen, die an diesem 30. Januar unbeteiligt gewesen waren, bezog sie ein, ließ ihnen die Möglichkeit, den schon auf dem angeblich einzig richtigen Weg Befindlichen sich anzuschließen. Der Tag erhielt so, kaum dass er vorüber war, seinen historischen Rang in der Geschichte aller Deutschen zugewiesen.

Denn: Aufgestanden und aufgebrochen waren die doch vorher schon mehrfach und das, dem nationalistischen Geschichtsbild zufolge, immer mit Erfolg, beispielsweise 1813, wovon der Appell »Das Volk steht auf, der Sturm bricht los« vielen im Gedächtnis war, oder auch 1914, als es das verherrlichte »August-Erlebnis« gegeben habe. Wer da 1933 nicht mitging, sich nicht packen ließ, trat gleichsam aus der Nation aus oder war gar kein echter Deutscher. Wer aber sich einreichte, hatte sein

Deutschtum wieder entdeckt und womöglich nach der Missleitung durch die »vaterlandslosen Gesellen« zurückgewonnen. Noch bevor die »nationalsozialistische Revolution« für beendet erklärt wurde, war sie selbst als vages Bild schon vollständig von der nationalen Phraseologie zugewuchert. Als Hitler am 10. Februar 1933 im Berliner Sportpalast seine erste öffentliche Rede als Reichskanzler hielt, eine Rede mit dem Blick auf die schon für den 5. März anberaumten Reichstagswahlen, war von »nationalsozialistischer Revolution« keine Rede, da reihte sich Phrase an Phrase. Verkündet wurden von da an die »Volksgemeinschaft« und das Ende aller Zwietracht und des Klassenkampfes.

Faschistische Konterrevolution

Gibt es aus der begrifflichen Unschärfe und der gestifteten und ausgebeuteten Sprachverwirrung einen Ausweg? Soll der vorletzte Januartag dieses Jahres 1933 auf einen das Geschehen in seinem Wesen erfassenden, kloppfesten Begriff gebracht werden, dann lautet der: An ihm begann die faschistische Konterrevolution. Diese Kennzeichnung ist nicht erst späterer historischer Analyse entsprungen, also etwa durch das Moment, dass der Reichstag am 23. März 1933 der Republik in Gestalt des Ermächtigungsgesetzes den Totenschein ausstellte. Im Aufruf der Kommunistischen Partei vom 30. Januar hieß es, an die Massen gewandt, sie sollten sich »gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution« zur Wehr setzen.

Von jenem vorletzten Januartag an wurde binnen kurzem alles beseitigt, was die Revolution des Jahres 1918 trotz ihrer Niederlage an Fortschritt, gemessen an den Zuständen im Kaiserreich, in die deutsche Geschichte gebracht hatte. Wie viel namentlich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise vom 1918/1919 Erreichten auch verkürzt oder deformiert worden war, die Republik hatte noch Bestand, und sie war nicht – wie mitunter in der Historiographie der DDR zu lesen – auf Reste reduziert. Ihre Existenz wurde 1932 nur von einer Kraft real gefährdet, den Faschisten und deren Verbündeten und Förderern. Dass die gewiss instabilen Grundfesten dieses Staatswesens von einer proletarischen Revolution bedroht gewesen wären, war eine Ausrede, die jene nach 1945 vortrugen, die ihre Komplizenschaft mit dem Hitlerklüngel glaubten, rechtfertigen zu können. Ihr maßgeblicher Anteil an der Liquidierung der Republik entsprang zudem nicht nur innenpolitischer Rechnung und Fehlrechnung, sondern gehörte zum strategischen Konzept der Wiederaufnahme der aggressiven imperialistischen Außenpolitik. Es ging eben nicht nur, wie beteiligte Wirtschaftsführer später als Angeklagte Glauben machen wollten, darum, die eigene soziale Herrschaft zu sichern, wozu man, so ein damals benutztes Bild, weil anderes nicht zur Hand war, »zur Jauche« hätte greifen müssen.

Mit dem Begriff faschistische Konterrevolution ist zugleich ausgedrückt, dass es sich nicht allein um die Restauration vorrevolutionärer Zustände handelte. Mit einem solchen Programm, das war in der frühen Phase des Wirkens der Deutschnationalen Volkspartei erwiesen worden, hatten sich Massen nicht mobilisieren lassen, die doch den gekrönten Häuptern der Hohenzollern, Wittelsbachern und tutti quanti keine Träne nachweinten. Es waren die Ideologie und die imperialistische Programmatik des Faschismus, die dieser Gegenrevolution das Gepräge gaben.

Da diese Zusammenhänge zwischen den Jahren 1914, 1918 und 1933 kein großes und schwer zu enthüllendes Geheimnis bilden, stellt sich die Frage: Warum kann bürgerliche Geschichtsschreibung sich nicht durchringen, von Gegenrevolution oder Konterrevolution zu schreiben? Warum nicht, wiewohl doch auch in der dominierenden Fraktion der Zunft anerkannt wird, dass die Faschisten die Republik von Weimar liquidierten? Zum einen wohl, weil ihr, der Politik folgend, diese Republik nicht als Frucht der Revolution gilt, sondern als das Resultat eines Beschlusses von Parlamentariern. Folglich und logisch kann deren Beseitigung auch nicht als Konterrevolution angesehen werden.

Hitler-Diktatur

Doch ist die Prämisse falsch. Es wäre im August 1919 zu jener beschlussfassenden Zusammenkunft im Weimarer Nationaltheater nie ohne die vorausgegangene revolutionäre Aktion der Massen und die Überwindung der Monarchie gekommen. Mochten die Revolutionäre mit dem schließlichen

Resultat ihrer Kämpfe unzufrieden gewesen sein und sich auch, gemessen an ihren Vorstellungen von einer neuen Gesellschaft, als die Geschlagenen gesehen haben: Selbst das begrenzte Resultat ihrer Erhebung gegen den Krieg und jene, die ihn zu verantworten hatten, und für ein friedliches Staatswesen war in seinen Voraussetzungen jedenfalls ihr Werk. Dass die faschistischen Ideologen und Propagandisten diese Republik als von »Novemberbrechern« geschaffen verunglimpften, war Demagogie, aber der Bezug zwischen den beiden Ereignissen nicht frei erfunden.

Es fällt Politikern und mit ihnen einem Teil der bürgerlichen Historiographen aber noch aus einem anderen und weitergreifenden Grunde schwer, die Errichtung der faschistischen Diktatur als Gegenrevolution zu charakterisieren. Sie möchten Revolutionen und Revolutionären in der deutschen Geschichte, jedoch nicht nur in ihr, überhaupt kein herausragendes Verdienst zuerkennen. Das drückt sich auch im Umgang mit dem Gedenken an die Ereignisse des Jahres 1848 aus – und da namentlich mit denen des 18. März. Erst der Druck von unten hat im Jahr 2000 bewirkt, dass in Berlin auch inmitten der Stadt mit der Taufe eines Platzes der Akteure und Opfer des Aufstandes gedacht wird.

In diesem Geschichtskonstrukt erhält der 30. Januar dann vorzugsweise die Benennung »Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur« oder »Diktatur der Nationalsozialisten« oder auch Hitler-Diktatur. Und so werden sich die Schüler in Lehranstalten der Bundesrepublik auch weiter mit Erklärungen begnügen müssen, die auf jede begriffliche Entgegensetzung zu den untereinander gutverträglichen, nichtssagenden Kennzeichnungen verzichten. Die Darstellung der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 erfolgt in ihren Schulgeschichtsbüchern unter der Überschrift »Nationalsozialismus« oder »Das nationalsozialistische Deutschland« oder »Nationalsozialistische Herrschaft«. Der Begriff »Machtergreifung« wird mehrfach und in Anführungszeichen zitiert, in einem dieser Texte mit dem Bemerkten, er stimme nicht, denn Hitlers Ernennung durch Hindenburg sei »gemäß der Reichsverfassung« erfolgt.

Doch hat der Etikettenschwindel mit dem Nationalsozialismus nicht nur in Schulklassen, sondern mehr noch in Zeitungen und bis in die Fernsehnachrichten und -sendungen Konjunktur. Auch mit ihm wird der Eindruck vermittelt, als seien Faschismus und faschistische Diktatur Eindringlinge und Fremdlinge in der deutschen Geschichte gewesen, die mit der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie sich nach dem Ersten Weltkrieg herausgebildet hatte, keine Bodenberührung besaßen, ausgenommen die über die der Nazipartei verfallenen und folgenden Volksmassen. In den sozialen Oberschichten seien es einzig einige Sonderlinge gewesen, die für Hitler und sein Programm, das sie zudem missverstanden, Sympathien gezeigt hätten. Kommt die Rede überhaupt auf sie, dann heißt es, wieder in einem Schulbuch, es seien »vorindustrielle und vordemokratische Machteliten« gewesen, die Hindenburg bei seiner Entscheidung beeinflusst hätten. Und so lassen sich Namen wie die der Industriellen Emil Kirdorf und Fritz Thyssen und des Bankiers Emil Georg von Stauff in diesen Lehrtexten suchen, aber nicht finden, weil sie sich schlechterdings in vorbürgerliche Zustände nicht abschieben lassen. Und Hjalmar Schacht, dem als Berater Hitlers vor 1933 ein Platz gebühren würde, wird nicht dort, sondern als Schöpfer des »nationalsozialistischen Wirtschaftswunders« erwähnt.

So ist der Verzicht auf eine Charakteristik des 30. Januar 1933, die sozialwissenschaftlichen Ansprüchen genügt, mehr als nur das Bogenschlagen um die Qualifizierung eines einzelnen Ereignisses, sondern Bestandteil eines Faschismusbildes, das vor allem die Gesellschaft schont, ja sie am besten ganz verbirgt, zu deren Hervorbringungen dieser verbrecherische Herrschaftstyp gehörte.

■ Der Text basiert auf einem Vortrag, den Kurt Pätzold am 2. Februar 2013 auf der Jahresmitgliederversammlung der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal hielt.

■ Lesen Sie am Montag auf den iw-Themaseiten:

Faschisten an der Macht. Die Bedeutung des 30. Januar 1933

Von Ulrich Schneider